

„Einiges versucht, aber kläglich gescheitert!“. Der kirchliche Missbrauchsbeauftragte hört auf

Nach über zwölf Jahren als kirchlicher Missbrauchsbeauftragter hat Triers Bischof Stephan Ackermann genug: Er gibt das Amt nächste Woche auf. Viel Lob hat der 59-Jährige nicht zu erwarten. Ein ausführlicher Blick auf diese Zeit.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Wenn sich die 69 deutschen Bischöfe und Weihbischöfe ab Montag im hessischen Fulda zu ihrer traditionellen Herbstvollversammlung treffen, geht für den Trierer Bischof Stephan Ackermann ein Kapitel zu Ende. Nach zwölf Jahren als kirchlicher Missbrauchsbeauftragter gibt der 59-Jährige den Job auf. Wer Ackermann folgt, war öffentlich bis zuletzt noch unklar. Möglich, dass es nicht mehr eine Einzelperson sein wird, sondern ein Gremium.

Als Ackermann das neu geschaffene Amt des Missbrauchsbeauftragten im Februar 2010 vom damaligen Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, angelehnt bekam, war er erst ein Dreivierteljahr Diözesanbischof in Trier. Warum die Wahl damals ausgerechnet auf den 46-Jährigen fiel, ist unklar. Es dürfte sich aber auch niemand der übrigen Bischöfe nach einem Amt gedrängt haben, mit dem absehbar kaum Meriten einzufahren waren.

Der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche war erst kurz zuvor aufgedeckt worden. Der Leiter des Canisius-Kollegs in Berlin, Pater Klaus Mertes, hatte durch einen Brief an ehemalige Schüler den jahrelangen Missbrauch durch Jesuiten an seiner Schule bekannt. Er löste damit eine Welle von Enthüllungen



Tritt als Missbrauchsbeauftragter der katholischen Kirche zurück: der Trierer Bischof Stephan Ackermann.

FOTO: DPA

zu Missbrauchsfällen in der Kirche, aber auch in Schulen und anderen Institutionen aus; auch im Bistum Trier.

„Sie waren und sind an vielen Stellen Einzelkämpfer und Rufer in der Einsamkeit gewesen.“

Johannes Norpoth
Betroffenensprecher

Als neuer Bischof von Trier hatte sich Stephan Ackermann von Beginn an klar positioniert und die aufgedeckten Missbrauchsfälle als „verheerend für das Ansehen

der Kirche“ bezeichnet. Eine Verharmlosung oder ein Vertuschen dürfe es nicht geben, so Ackermann damals, es müsse lückenlos aufgeklärt werden.

Seinerzeit dürften die meisten Bischöfe noch davon ausgegangen sein, dass es sich beim sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche „um eine schicksalhafte An-

einanderreihung von Einzelaten und damit um eine zeitlich begrenzte Krise handelt“, wie es Johannes Norpoth vom Betroffenenbeirat der Bischofskonferenz unlängst meinte. Ein Trugschluss. Aus der vermeintlich temporären Phase wurde eine existenzielle Krise, die die katholische Kirche in den Grundfesten erschüttert und bislang schon Heerscharen an Gläubigen zum Austritt bewogen hat. Und ein Ende des Exodus ist nicht in Sicht.

Dabei hatte Stephan Ackermann gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Missbrauchsbeauftragter versucht, durch neue Leitlinien für den Umgang mit Missbrauchsfällen verlorengegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Doch längst nicht immer stießen die Vorstöße des Trierers auf das Wohlwollen seiner Mitbrüder. „Sie waren und sind an vielen Stellen Einzelkämpfer und

Rufer in der Einsamkeit gewesen“, meinte Betroffenensprecher Norpoth Anfang des Monats bei der fast im Eklat geendeten vierten Synodalsammlung in Frankfurt.

Doch es gab auch in der Anfangszeit des Missbrauchsbeauftragten Bischöfe, die Stephan Ackermanns Bemühen, alle Bischöfe zu einem einheitlichen und möglichst gleichzeitigen Vorgehen zu bewegen, konkretisierten, indem sie mit eigenen Initiativen vorpreschten.

Darunter war auch Ackermanns Vorgänger, der Münchner Kardinal Reinhard Marx, der im Frühjahr 2010 ankündigte, jeden Missbrauchsverdachtsfall „ohne Wenn und Aber“ der Staatsanwaltschaft zu melden.

Zu diesem Zeitpunkt lehnten Ackermann und auch Bischofskonferenzvorsitzender Zollitsch eine Anzeigepflicht noch ab und

betonten unisono, vorrangig seien die Interessen der Opfer.

Auch bei anderen Initiativen rund um die Themen Aufarbeitung, Vorbeugung oder Entschädigung stand der Missbrauchsbeauftragte in der Kritik. Den einen gingen die Initiativen zu weit oder sie beklagten das Tempo. Die anderen beklagten Ackermanns vermeintliche Halbherzigkeit bei Reformen und Aufklärungsanstrengungen.

Mit die schärfsten Kritiker sitzen im Heimatbistum des Missbrauchsbeauftragten. Mitglieder der Opferorganisation Missbit beklagen schon seit Jahren, dass Stephan Ackermann zwar ständig von Aufarbeitung und Entschädigung rede, aber in diesen Punkten ausgerechnet sein Bistum hinter anderen Diözesen her hinke. „Er ist auch kein ehrlicher Bischof“, meint Missbit-Sprecher Herrmann Schell. Statt alle

Fakten über Missbrauch im Bistum Trier auf den Tisch zu legen, verstecke sich Stephan Ackermann hinter der Aufarbeitungskommission und spiele damit auf Zeit. Zudem mangle es ihm an Einfühlungsvermögen und Sensibilität, wie Ackermanns unsägliche Aussagen im Fall des unter Pseudonym auftretenden Missbrauchsoffiziers Karin Weißenfels zeigten. Der Trierer Bischof hatte in einer Diskussion mit Dutzenden Mitarbeitern den Klarnamen der von einem Priester über Jahre hinweg sexuell genötigten Frau genannt und war dafür anschließend unter anderem von der Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung scharf kritisiert worden. Ackermann hatte sich später in einem persönlichen Brief bei der Frau entschuldigt und von einem klaren Fehler seinerseits gesprochen.

Wegen des Umgangs mit dem Fall Weißenfels und eines mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs aufgefallenen Priesters aus dem Saarland sah sich Stephan Ackermann zuletzt mehrfach mit Rücktrittsfordernungen konfrontiert – nicht nur als Missbrauchsbeauftragter, sondern auch als Bischof. Schon zuvor hatte der 59-Jährige mögliche Rücktrittsspekulationen angeheizt, nachdem er in einem Volksfreund-Interview gesagt hatte, er wisse nicht, ob der Missbrauchsbeauftragte in zwei Jahren noch Stephan Ackermann heiße. Der Job sei belastend und beanspruchend.

Nur noch wenige Tage, dann wird der kirchliche Missbrauchsbeauftragte in Fulda von der Last befreit. Sein ehemaliger Generalvikar und jetzige Bischofskonferenzvorsitzende Georg Bätzing wird Stephan Ackermann dann noch einmal im Namen aller deutschen Bischöfe danken und sagen, dass er sich um die Missbrauchsauflösung verdient gemacht und bedeutende Reformen auf den Weg gebracht habe.

Die Bilanz der Trierer Opferorganisation Missbit über den scheidenden Missbrauchsbeauftragten fällt dagegen wenig freundlich aus: „Stephan Ackermann hat einiges versucht, aber ist letztendlich kläglich gescheitert.“

Polizistenmord: Schmerzensgeld für Hinterbliebene?

KAISERSLAUTERN (dpa) Im Mordprozess um die tödlichen Schüsse auf eine Polizistin und ihren Kollegen Ende Januar in der Pfalz fordern Angehörige Schmerzensgeld von dem Hauptangeklagten. Die Eltern und die beiden Schwestern der Polizistin seien seit der Tat erheblich belastet und in therapeutischer Behandlung, sagte ein Vertreter der Nebenklage am Freitag im Landgericht Kaiserslautern. „Ihr Alltag ist zusammengebrochen. Es ist unklar, ob sie je wieder arbeitsfähig sein werden.“ Er nannte eine Summe von insgesamt rund 50.000 Euro. Zudem soll der Hauptangeklagte Schadenersatz leisten.

Dem 39-Jährigen wird in dem seit Ende Juni laufenden Prozess vorgeworfen, dass er die 24 Jahre alte Polizeianwärterin und einen fünf Jahre älteren Polizeikommissar bei einer nächtlichen Verkehrskontrolle auf einer Kreisstraße bei Kusel erschossen haben soll. Die Anklage geht davon aus, dass der Mann Jagdwilderei vertuschen wollte. Der Fall sorgte bundesweit für Entsetzen.

Der Verteidiger des Hauptangeklagten kritisierte den Antrag der Nebenklage. „Ich bin zutiefst erschüttert. Sie bringen uns dazu, dass wir nun die gesamte Familie hören müssen. Das wollten wir doch vermeiden“, sagte der Anwalt des 39-Jährigen. Der Antrag führe in dieser Form auch zur Verlängerung des Verfahrens. „Da reden wir von April, Mai, Juni.“

Die Landesregierung hält Videos aus der Flutnacht geheim

Immer wieder heißt es von der Landesregierung und den Behörden, man habe in der Flutnacht kein Lagebild gehabt. Offenbar existieren aber eigene Hubschraubervideos. Die Öffentlichkeit darf sie aber nicht sehen.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Gegen 21.30 Uhr am Abend des 14. Juli 2021 verschärfte sich die Lage im Ahrtal. Zumindest wird das zu diesem Zeitpunkt im Lagezentrum des Innenministeriums klar. Dort erfährt man von einem vermissten Camper, abgetriebenen Campingwagen, mehreren eingestürzten Häusern. Innenministerium, Polizei und Katastrophenschutz interpretieren dies aber noch nicht als Vorboten jener dramatischen Situation, die sich am Ende im Ahrtal zeigte. Sie seien von einem „punktuellen“, schweren Hochwasser ausgegangen, so wie das in Rheinland-Pfalz bekannt sei. Das ist das Narrativ, das die Landesregierung seit mehreren Monaten zur Flutnacht verwendet. Es habe zudem kein valide Lagebild gegeben.

Ein Mitarbeiter im Lagezentrum des Innenministeriums reagierte allerdings in der Flutnacht, genau aus diesem Grund. Er regte bei der Polizei Koblenz an, einen Hubschrauber zur Aufklärung ins Ahrtal loszuschicken. Der Mitarbeiter habe wissen wollen, was dort alles geschehen sei, wie schlimm die Lage sei. Die Polizei Koblenz folgt dem Hinweis, der Hubschrauber

steigt auf, zeichnet mehrere Videos auf, fertigt mehrere Fotos.

Der Untersuchungsausschuss hat diese Videos der Polizeihubschrauberstaffel Rheinland-Pfalz am Freitag zum ersten Mal zu Gesicht bekommen. Offenbar sind die Luftaufnahmen zwischen 22.15 und 22.42 Uhr höchst brisant. Die Landesregierung hält sie nämlich unter Verschluss. Die Öffentlichkeit wurde bei der Sitzung ausgeschlossen. Was auf den Videos zu sehen ist, bleibt deshalb vorerst unklar. Womöglich liefern sie ein Bild der dramatischen Lage im Ahrtal, die das Innenministerium in Bedrängnis bringen könnte.

Das Zeigen der Videos sei von der Landesregierung nicht gestattet worden, weil Personen in Notsituation zu sehen seien – hier überwiegend die Persönlichkeitsrechte das Öffentlichkeitsinteresse, sagte der Ausschussvorsitzende Martin Haller (SPD) im Anschluss zur Begründung. Die Landesregierung will nun bis zum 7. Oktober prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die Videos so zu bearbeiten, dass sie der Öffentlichkeit gezeigt werden könnten. Ein weiteres brisantes Detail: Offenbar sind die Videos erst Anfang der Woche neu in den Akten des Untersuchungs-

ausschusses zur Verfügung gestellt worden.

Die Aufklärung der Lage, die vom Lagezentrum des Innenministeriums selbst angeregt wurde, soll dort allerdings nie angekommen sein. Zumindest sagen die Mitarbeiter, dass sie die Videos aus dem Hubschrauber nie gesehen hätten. Es gab aber aus dem selben Flug auch Fotos von der Lage an der Ahr, die den Mitarbeitern wiederum vorlagen. Sie seien verwackelt gewesen, man habe aber sehen können, dass es ein deutliches Hochwasser gebe. Der Pilot habe auch mitgeteilt, dass viele Häuser im Wasser stünden, dass es schlimm aussehe und dass Leute mit Taschenlampen von ihren Häusern leuchten würden. Retten konnte sie der Hubschrauber nicht, weil er keine Seilwinde hatte. Der Mitarbeiter beschrieb seinen Eindruck von den Fotos so: „Auf den Bildern war quasi die Ahr zu sehen, also es war eine größere Wasserfläche. In dieser Wasserfläche waren Häuser zu sehen, die je nach Straßenzug teilweise bis zum Dach unter Wasser standen.“ Diese drei Fotos habe er auch an das Ministerbüro von Lewentz weitergeleitet. Das war um 23.40 Uhr.

Der Minister habe an dem Tag

niedrigschwellig informiert werden wollen, so der Mitarbeiter. Er beschrieb Lewentz als „wissbegierig“ – vor wenigen Wochen habe der Minister im Lagezentrum angerufen, weil er wissen sollte, aus welchem Grund die Sirene in seinem Ort gerade heule.

Am Freitagnachmittag sollte auch der Innenminister selbst vor dem Untersuchungsausschuss aussagen. Die Zeugenvernehmung hatte sich allerdings verschoben, sodass Lewentz erst nach Redaktionsschluss erschien. Zuvor äußerte sich jedoch der ebenfalls in die Kritik geratene Trierer ADD-Präsident Thomas Linnertz. Ein Einzelereignis von einstürzenden Häusern führe nicht dazu, dass er dem Landrat die Einsatzleitung wegnehmen könne, sagte er auf die Frage, warum das Land nicht selbst aktiv geworden sei in der Flutnacht.

Generell fehle ihm die Fachkenntnis zu bewerten, warum ein Haus einstürze. „Das ist ja nicht so ungewöhnlich, meiner Meinung nach“, so der Präsident der für den Katastrophenschutz zuständigen ADD.

Auf die Frage, an wie viele Hauseinstürze er sich in seiner Amtszeit erinnern könne: „Keine“.

Tanks an Losheimer Globus-Tankstelle falsch befüllt

LOSHEIM AM SEE (red) Unglücklicher Fehler an einer saarländischen Globus-Tankstelle: Dort wurden die Tanks falsch befüllt und im Dieseltank landete Benzin. Erst vier Tage später fiel der Fehler auf.

Der Globus in Losheim am See sucht nun nach Autofahrern, die an seiner Tankstelle vermeintlich Diesel getankt haben. Wie das Unternehmen mitteilt, habe der Kraftstofflieferant die Tanks falsch befüllt. So landete im Dieseltank versehentlich Benzin. Der Fehler passierte am Freitag, 16. September, wie Globus gestern mitgeteilt hat.

Für die Autofahrer kann das schwerwiegende Folgen haben: Wenn der Motor noch nicht gestartet wurde, können Sie den Tank abpumpen lassen, schreibt der ADAC. Falls Sie den Fehler erst später bemerkt haben, ist eventuell ein Austausch des gesamten Einspritzsystems nötig. Zwingend erforderlich ist eine Reparatur, wenn sich Späne gebildet haben. Die Reparatur kann deshalb im schlimmsten Fall mehrere Tausend Euro betragen.

Wer in der Zeit von Freitag, 16. September, 20.30 Uhr, bis Dienstag, 20. September, 6.30 Uhr, vermeintlich Dieseldieselkraftstoff an der Globus-Tankstelle getankt hat, kann sich unter Telefon 06872/60 12 65 oder per E-Mail an t.fixemer@globus.net melden, erklärt das Unternehmen.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch